



Auch wenn Nadja Roth (r.) skeptisch ist: Bielefelds Karstadt-Chef Thomas Kunz hat keine Angst vor dem Tiger und auch nicht vor dem Gorilla. Im Gegenteil: Er lädt zur Themenwoche ein. Foto: Gerhard Hülsegg

Nach Firmen-Jubiläum: Die Stadt wird exotisch

Karstadt startet Themenwochen – Auch WWF profitiert

Bielefeld (gge). »Die Stadt wird exotisch«. Unter diesem Motto steht die erste von vielen Themenwochen, die das Warenhaus Karstadt 2007 in Bielefeld und weiteren 89 Filialen bundesweit veranstaltet. Bis Samstag, 17. März, bestimmen Tiger, Gorillas und andere »Hingucker« das Bild auf allen Etagen.

»Wir wollen mit unserer Aktion Gesprächsstoff in der Stadt bieten«, sagt Filialgeschäftsführer Thomas Kunz (48). Alles »Gold« zum 125-jährigen Bestehen des Unternehmens wurde konsequent aus dem Laden genommen. Damen im Safari-Look laden stattdessen großflächig zum Bummel getreu

dem neuen Slogan »Karstadt – schöner shoppen in der Stadt«.

Der Firmenname ist längst Symbol. »Wir wollen auch das Stadtbild prägen«, betont Kunz und zeigt auf das Riesenbanner in der Bahnhofstraße. Zwei Stunden haben Schauwerbeleiter Michael Holtfricher und seine Mitarbeiter allein damit zugebracht, die 500 Quadratmeter große Außenfassade in der Bahnhofstraße so anzubringen, dass es kaum zu übersehen ist. Drinnen lassen effektvolle Dekorationen und Aktionsflächen mit Kinderschminken, Reptilienschau und einer Orchideenschau das Kaufhaus zur regelrechten Bühne werden.

Kurzum: Karstadt präsentiert sich als moderner Markt, der zu »dem« Attraktivitätspunkt ei-

ner lebendigen Innenstadt wird. Im Blickpunkt stehen dabei aktuelle Trendthemen (demnächst »Frühling«), die aussagekräftig und ganzheitlich in allen Warengruppen umgesetzt werden. Selbst das Karstadt-Restaurant gibt sich dieser Tage übrigens »exotisch« mit Barmundi-Barschfilet aus Currysauce im Angebot.

Dabei wird auch das Engagement für die den World Wide Fund (WWF) etwa durch den Verkauf orangener Armbänder und CDs mit »exotischen Klängen« fortgesetzt. 80.000 Euro konnten der Naturschutzorganisation bereits dadurch überwiesen werden, dass die Rieseneinkaufstüten zum Firmenjubiläum recycelt, zu Handtaschen verarbeitet und dann versteigert wurden.

Wechsel an der Spitze des Frauenbundes

Margret Heine gibt Vorsitz nach zwölf Jahren ab

Bielefeld (cr). Zwölf Jahre lang war Margret Heine Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes (DEF) Ortsverband Bielefeld. Jetzt hat sie ihr Amt an die bisherige zweite Vorsitzende Helga Schallner abgegeben.

»Es war immer ein Geben und ein Nehmen«, beschreibt Margret Heine ihre Arbeit für den DEF. Die Aufgabe habe ihr stets große Freude gemacht und so trete sie jetzt mit einem lachenden und einem weinenden Auge von ihrem Amt zurück. Ein besonderes Ereignis in ihrer Amtszeit war das 100-jährige Jubiläum des Ortsverbandes im Jahr 2003, das mit vielen Gästen aus Politik und Kirche gefeiert wurde.

Der Ortsverband Bielefeld des DEF, der zur Zeit 80 Mitglieder zählt, setzt sich vor allem für Bildungsarbeit ein und arbeitet

dabei auch mit anderen Frauenhilfsorganisationen zusammen. »Unser Ziel ist es, dass Frauen in der Gesellschaft aufstehen und ihre Meinung vertreten können«, sagte die neue erste Vorsitzende Helga Schallner, die seit 25 Jahren der übergemeindlichen Organisation angehört. Obwohl der DEF sich selbst insbesondere als Ansprechpartner für ältere Frauen verstehe, sei man doch offen für Frauen jeden Alters, bekräftigte sie.

In einer Versammlung im Haus der Kirche an der Markgrafenstraße wählten die rund 30 anwesenden Mitglieder des DEF jetzt auch einen neuen Vorstandsrat. Dieser besteht aus Lieselotte Budde, Ursula Landwehr und Ilse von Collani. Stellvertretende Vorsitzende ist Margret Benz und Kassenführerin bleibt Heinke Braß.



Der neue Vorstand des DEF: Lieselotte Budde, Margret Benz (stellvertretende Vorsitzende), Ilse von Collani, Ursula Landwehr, Helga Schallner (erste Vorsitzende) und Heinke Braß (Kassenführerin, v.l.).

Foto: Christina Ritzau

AUS BRIEFEN AN DIE REDAKTION

Jetzige Planung ist kurzsichtig

Zu der Berichterstattung über die geplante Deponie Johannisbachau folgende Zuschrift ein:

Eigentlich ist es ja ein Grund zur Freude. Nach viel zu langer Zeit der Untätigkeit soll nun endlich der Obersee entschlammt werden. Wenn man sich nun mit den Planungen näher beschäftigt, stellen sich dem mündigen Bürger doch so einige Fragen.

Zum Beispiel frage ich mich, warum als Gebiet für die benötigte Deponie ausgerechnet ein Gebiet ausgewählt wurde, für das erst eine zirka 1 Kilometer lange Baustraße für über 300.000 Euro durch das Naherholungsgebiet der angrenzenden Johannisbachau gebaut werden muss, obwohl die Stadt direkt nebenan über ein vergleichbares Gebiet direkt an der Talbrückenstraße verfügt, wo diese Straße überflüssig würde?

Da wird von allen Seiten die Bedeutung des Naherholungsgebietes für die Stadt und deren Umgebung hervorgehoben und dann gibt es allen ernstes Planungen auf den Poldern der Ent-

schlammung für min. weitere sechseinhalb Jahre eine Bodendeponie zu betreiben. Zu dieser Zeit kommen noch rund zwei Jahre für die Entschlammung hinzu. Wir sprechen hier also dann von einem Zeitraum von fast neun Jahren. Damit ist für die Laufzeit der Deponie der Erholungswert des Gebietes gleich null. Denn der Dreck fällt ja nicht vom Himmel und formt sich von selber zu einer wunderschönen Landschaft. Nein, um diesen geplanten 18 Meter hohen Berg aufzuschütten, werden jeden Tag bis zu 70 schwere Lkw die Baustraße durch das Naherholungsgebiet entlang des Spazierweges befahren, um Boden abzuliefern. Schwere Baufahrzeuge verteilen den Boden dann auf der Deponie. Was das bedeutet, dürfte wohl jedem klar sein: Lärm, Abgase, Staub und verschmutzte Wege.

Hat sich eigentlich irgendjemand von den Verantwortlichen schon einmal Gedanken gemacht, wo der Obersee das nächste mal entschlammt werden soll? Um die

Entschlammung überhaupt finanzieren zu können, muss der Schlamm ortsnah abgelagert werden. Wo soll denn die nächste Entschlammung abgelagert werden? Denn das steht fest. Der Obersee wird selbst mit dem geplanten und jetzt wohl auch realisierten Bypass wieder langsam verschlammten. Wenn man die Fläche für die kommende Entschlammung nicht anschließend für eine Bodendeponie nutzen würde, könnte man auf diesem Gebiet auch alle kommenden Sanierungen des Obersees ablagern.

Die jetzige Planung ist kurzsichtig und auf kurzfristigen Profit ausgelegt. Gehen die Verantwortlichen von dem Standpunkt aus – bis zur nächsten Entschlammung ist lange Zeit, da bin ich nicht mehr im Amt, was geht es mich an? Man darf gespannt sein, wie Ende März entschieden wird. Ob nur den Gewinn gesehen wird, oder eine weitsichtige Planung erfolgt.

M. Heinze
33729 Bielefeld

Turmaussicht oder Gottes Wort? Umweltpreis

ist eine Farce

Zu den Plänen einer Aussichtsplattform an der Altstadt Nicolaikirche schreiben zwei Leser:

Wozu will man Menschen eigentlich einladen, wenn man gleichzeitig die Paul-Gerhardt-Kirche aufgeben will. Haben Sie darüber schon mal nachgedacht, können Sie das verantworten? Es wird Zeit, dass die Kirchenleitung sich mal Gottes Wort zu Herzen nimmt. Es ist das einzige, das auf den rechten Weg führt und am Ziel Gottes nicht vorbeigeht.

Ist das nicht erstrebenswert? Stärken Sie doch lieber die Glieder der Paul-Gerhardt-Kirche in der Hinwendung des Vertrauens zu ihrem Herrn, und freuen sich doch einmal darüber, dass es noch glaubende und hinweisende Christen gibt, die den Allmächtigen lieben und vertrauen.

Sie ringen ja darum, ihr Gottes Haus, die Kirche mit ihren zweckmäßigen Räumen zu behalten, die Kosten zu tragen und in ihr Gottes Lob und Dank in Jesus Christus zum Ausdruck zu bringen, was der Auftrag ist.

Will man sich hier auch so verhalten wie die Welt? (Jeremia 23).

Ich hoffe nicht, das wäre eine Rücksichtslosigkeit und Missachtung der bittenden Glieder der Gemeinde. Das wäre entgegen doch ihrem eigentlichen Zeugnis, und unserem Herrn Anlass genug, den eigentlichen Auftrag, den die Kirche hat – Menschen die frohe Botschaft zu bringen – der Kirche zu entziehen. Wollen Sie das?

Hier wäre das Leben der Kirche dahin gegeben, trotz voller Kassen.

Ich denke, dass Sie verstehen, wovon unsere Kirche lebt.

Ich wünsche uns von Herzen, dass der Herr uns hier alle neu anspricht.

Verlassen wir uns auf den, der uns geschaffen hat, der unser Herr ist, denn nur in ihm wird uns Erbarmen und seine Gnade zuteil. Amen.

Werner Kochmeier
33729 Bielefeld
Alfred Hofmann
33818 Leopoldshöhe

Zu dem Artikel "Ohne Ausbau keine Hochschulzukunft" über die geplante Hochschulerweiterung vom 26. Februar schreibt eine Leserin:

Was für ein Widerspruch, Herr Moss! Denn zum 13. Mal lobt die Stadt Bielefeld in diesem Jahr den mit 2.000 Euro dotierten Umweltpreis aus. Ich zitiere: "Die Auslobung des Umweltpreises ist von Bedeutung für die Stärkung des Umweltbewusstseins. Der Umweltschutz hat nach Jahren der Stagnation wieder einen größeren Stellenwert für die Menschen und auch in der Politik. Dazu tragen nicht zuletzt die ungelösten Probleme wie Klimawandel, Feinstaub und Flächenverbrauch bei!"

Und Sie (incl. Rektorat Universität und Fachhochschule) beharren immer noch darauf, dieses einmalige Naherholungsgebiet zu zerstören.

Was für eine Farce.
Regina Schuetz
33615 Bielefeld

Entsetzen über Uni-Entscheidung

Zu der geplanten Schließung des Studiengangs Kunst/Musik:

Mit großem Entsetzen habe ich gelesen, dass das Rektorat der Universität Bielefeld beabsichtigt, den Studiengang Kunst/ Musik zu zerschlagen und auf den Bereich Kunst zu reduzieren.

Ich, als Ehemalige, die zur Zeit im Referendariat ist und sich schon jetzt mit den Berufsaussichten und späteren Einstellungs-chancen beschäftigt, kann diese Entscheidung in keiner Weise

nachvollziehen, denn die Landesregierung NRW prognostiziert ausschließlich für die Bereiche Kunst und vor allem Musik auch in Zukunft gute Einstellungs-chancen. Vor allem im Sek. I- und Primarstufen-Bereich werden in den nächsten Jahren Musiklehrer fehlen. Eine Lehrbefähigung in zwei Mangelfächern, eben Musik und Kunst, erhöht die späteren Einstellungs-chancen der Studienabsolventen um ein Vielfaches. Wie kann das Rektorat mit ruhi-

gem Gewissen eine solche Entscheidung treffen, und damit zugleich den einzigen zukunfts-fähigen Studiengang für das Lehramt der Sek. I und der Primarstufe zerschlagen?

Wie kann das Rektorat mit ruhigem Gewissen weiter Geld in Studiengänge (Sachkunde, Sport,...) stecken, die bekannter Maßen massenweise arbeitslose Lehrer produzieren.

Z. Seeck
Bielefeld

Politik wird zum Handlanger

Zum Bebauungsplan "Südlich des Belzweges" in Bielefeld-Jöllenberg und den diversen Sitzungen der Bezirksvertretung Jöllenberg zu diesem Thema schreibt ein Leser: Eine der Hauptaufgaben der politisch handelnden Parteien ist (mit Unterstützung der Verwaltung) die Weiterentwicklung des Stadtbezirkes zu ermöglichen und voranzutreiben. Das bedeutet, dass Pläne und Vorstellungen zu entwickeln sind, wie der Stadtbezirk Jöllenberg in Zukunft aussehen soll, um für die Bewohner ein urbanes, kulturelles und wirtschaftlich gesundes Umfeld zu erhalten und zu schaffen.

Um diese Vorstellungen umsetzen zu können, muss Geld in die Hand genommen werden. Geld, das die öffentliche Hand seit Jahren nicht mehr hat. Eine Folge dieser Entwicklung war und ist, dass externe Investoren diese Aufgaben übernehmen. Das hat aber zur Folge, dass es zwischen den gestalterischen Vorstellungen der Politik und den Interessen des Investors zu kontroversen Auffassungen kommen kann. Im güns-

tigsten Fall enden diese unterschiedlichen Vorstellungen in einem Kompromiss. Im ungünstigsten Fall führen sie zu jahrelangem Stillstand. Die Lösung dieses Problems ist ein eigener interner Investor der Stadt, in diesem Fall die Immobiliengesellschaft der Sparkasse Bielefeld GmbH. Diese Gesellschaft ist auch in Jöllenberg tätig.

Wie stellt sich nun unter diesen Voraussetzungen der Bebauungsplan "Südlich des Belzweges" dar? Jahrelang hatte sich der Landwirt, in dessen Eigentum sich die betroffenen Flächen befanden, um Planungsrecht bemüht. Ohne Erfolg! Denn weder der Flächennutzungsplan, der dort eine Bebauung ausschließt, noch der regionale Entwicklungsplan, der an dieser Stelle eine bauliche Abrundung vorsieht, können als Grundlage für eine bauliche Entwicklung dienen. Doch im Laufe des Jahres 2006 ändern sich plötzlich die Vorzeichen. Die Immobiliengesellschaft der Sparkasse Bielefeld wird neuer Eigentümer der Flächen. Von diesem Zeitpunkt an ist plötzlich

Eile angesagt. Die Verwaltung der Stadt Bielefeld legt der Bezirksvertretung Jöllenberg einen Antrag vor, um einen Planungsauftrag für exakt jenes Gebiet zu erreichen, in dem bisher eine Bebauung ausgeschlossen ist.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt oder an Zufälle glaubt. Wenn die Politik diesem Antrag zustimmt, wird sie nicht zum Gestalter, sondern zum Handlanger einer Institution - in diesem Fall der Immobiliengesellschaft der Sparkasse Bielefeld -, die sie selbst geschaffen hat. Das kann nicht im Sinne der Menschen im Stadtbezirk Jöllenberg sein, die durch ihre Wahl die Politiker legitimiert haben, ihre Interessen zu vertreten.

Lars Steinsiek
33739 Bielefeld

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar; sie werden aus Zitrieren, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.